

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **14 (1934-1935)**

Heft 10

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

einen Begriff zu bekommen von seiner Aufgabe, seiner Kraft, seinem Geist.“ Klingt das nicht wie das Motto zu dem ganzen Beginnen? Schließt es aber nicht auch eine Verpflichtung in sich?, nämlich die, dafür zu sorgen, daß sich unsere junge Auslandsgeneration mit frohem Herzen zu ihrer Heimat bekennen darf.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Die Zickzackpolitik unserer Sozialisten in der Landesverteidigungsfrage. / Die Schweizer Presse im Saarkampf.

Am 26. und 27. Januar hatte in Luzern der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz Beschlüsse zu fassen, die für die Zukunft der Partei von allergrößter Bedeutung sein werden. Im Vordergrund stand die Beratung eines neuen Parteiprogrammes, und hier wiederum war es vor allem die **Landesverteidigungsfrage**, die die Geister schied. Seit dem Parteiprogramm von 1917 hatte bekantlich die sozialistische Partei die Landesverteidigung abgelehnt. Im Programm der S. P. S. von 1920 heißt es:

„Das Heer wird zur Unterdrückung des Proletariates gebraucht.“ — „Das Proletariat, das den Menschenmord haßt und verabscheut und Krieg und Verbrechen aus der Welt schaffen will, wird stets nur gezwungen zu den Mitteln politischer und militärischer Gewalt greifen, und zu dem ausschließlichen Zwecke, die Errungenschaften der sozialen Revolution gegen die Angriffe der ehemals herrschenden Klassen und ihrer Söldlinge zu verteidigen.“

Seither hat die S. P. S. je und je in den eidgenössischen Räten Militärvorlagen und das jährliche Militärbudget abgelehnt. Dann trat die große Wendung ein mit der Machtergreifung Hitlers in Deutschland vor zwei Jahren und dem Untergang der deutschen Sozialdemokratie. Zu den Genossen, die schon immer im Grunde ihres Herzens die Notwendigkeit einer Landesverteidigung einsahen und bejahten, gesellten sich nun auch zahlreiche Befehrte, wie z. B. der Fraktionspräsident im Nationalrat, Dr. Arthur Schmid, der noch vor fünf Jahren in einer kontradiktorischen Versammlung in Gränichen gegenüber Bundesrat Minger die Landesverteidigung verworfen hatte. Die Angst vor dem Fascismus hat nun urplötzlich die seltsame Befehrung so mancher sozialistischer „Führer“ zur Folge gehabt. Sie sehen nun mit einem Mal ein, daß die schweizerische Demokratie und ihre Freiheiten doch auch verteidigungswerte Güter seien, die es zu schützen gelte gegenüber drohenden Angriffen „brauner Horden“. „Ich bin der Meinung, daß die Ideen der Freiheit und Menschlichkeit . . . verteidigt werden müssen. Ich bin der Meinung, daß man die Gewalt in den Dienst des Abwehrkampfes gegen den auswärtigen Fascismus stellen muß.“ — „Die Gewalt kann auch im Dienste der Kriegsverhinderung stehen“ (Arthur Schmid).

Aus solcher Einstellung heraus wurden die Thesen für ein neues Parteiprogramm aufgestellt, die vom Parteivorstand mit 39 gegen 13 Stimmen gutgeheißen wurden. Sie lauten in Bezug auf die Landesverteidigung:

„Zur Abwehr drohender Gefahren fascistischer Gewaltangriffe und zur Wahrung der schweizerischen Neutralität, solange sie eine Voraussetzung für

die staatliche Selbständigkeit bildet, anerkennt die S. P. S. die Notwendigkeit eines bewaffneten Grenzschatzes, der nach den geschichtlichen Bedingungen und den politischen Verhältnissen des Landes in der Milizarmee seine Verkörperung findet und, um seine Aufgabe erfolgreich zu erfüllen, von dem Willen einer antikapitalistischen Volksgemeinschaft getragen sein muß. Für eine solche Wehr ist die S. P. S. zur Verfügungstellung der erforderlichen Mittel bereit.“

Diesem Mehrheitsantrag stand im Parteivorstand ein Minderheitsantrag Schneider gegenüber, der noch immer die Landesverteidigung ablehnt. Auch ein Gegenentwurf der religiös-sozialen Richtung ist gegen die Landesverteidigung, und anerkennt lediglich eine Grenzbewachung mit Polizeikräften.

Am Luzerner Parteitag wurde nun mit großer Mehrheit beschlossen, den St. Galler Gegenentwurf abzulehnen und nur auf Grund des Entwurfes des Parteivorstandes zu verhandeln. In der lebhaften Debatte betonte u. a. Parteipräsident Reinhard, die Freiheit müsse um jeden Preis verteidigt werden, sie sei ein so hohes Gut, daß das Leben ohne Freiheit nicht lebenswert sei. Nationalrat Schmid wies darauf hin, es sei unehrlich, zu verschweigen, daß auch die heutigen Minderheitsvertreter im Nationalrat dem 6 Millionenkredit für Grenzbefestigungen innerhalb des Arbeitsbeschaffungsprogrammes zugestimmt haben. Mit 362 gegen 294 Stimmen wurde sodann Zustimmung beschlossen zum Passus „Schutz der Demokratie“.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz bekennt sich somit heute zur Landesverteidigung, wenn auch nur mit schwachem Mehr, und unter Vorbehalt: Verweigerung der Kredite, welche dem demokratischen Defensivzweck zuwiderlaufen, Ablehnung der Armee als Werkzeug der herrschenden Klassen. Die beiden Vorbehalte sind höchst erstaunlich und erscheinen im ersten Moment völlig überflüssig. Unsere gesamte Landesverteidigung hat ja rein defensiven Charakter, bedingt durch die außenpolitische Neutralität unseres Landes. Es sind noch nie irgendwelche Militärvorlagen oder Kredite beschlossen worden, die diesem Defensivzweck zuwiderlaufen würden. Das wird auch in Zukunft nicht der Fall sein, solange die Schweiz festhält an ihrer Neutralität. Nun sind es ja ausgerechnet gewisse Sozialdemokraten, denen diese Neutralität nicht mehr paßt und die am liebsten unser Land in eine antifaschistische Einheitsfront gegen Deutschland unter französischer Führung hineinmanövrieren möchten, und die schon geradezu den Kreuzzug gegen das Dritte Reich gepredigt haben. Man wird in Zukunft solche Entgleisungen zurückweisen können schon mit dem Hinweis auf das Parteiprogramm, das so strikte den Defensivzweck der Armee betont. Das war natürlich nicht der Sinn des Vorbehaltes, der wohl nur deshalb angebracht wurde, um nicht unbedingt auf die Landesverteidigung verpflichtet zu sein, sondern für jeden Einzelfall sich die Freiheit der Entscheidung zu wahren, und womöglich jedesmal mit einer Zustimmung eine Konzession auf irgend einem Gebiet eintauschen zu können. Man wird sich künftig bei jeder Militärvorlage die Zustimmung der S. P. S. abkaufen lassen wollen mit politischen und wirtschaftlichen Zugeständnissen. Die absolute Frage der Landesverteidigung soll künftig ein Handelsobjekt werden, mit dem die S. P. S. ihre Stellung verbessern möchte! Gleichen Zwecken dient natürlich auch der zweite Vorbehalt, der sachlich ebenfalls unbegründet und überflüssig ist. Wenn in den letzten Jahren Teile der Armee zu internem Aktivdienst aufgeboden werden mußten, so geschah es immer nur, um drohenden Ausschreitungen und Ruhestörungen von linkssozialistischer oder kommunistischer Seite vorzubeugen oder um Widerstand gegen amtliche Verfügungen zu brechen. Es liegt nur am guten Willen der marxistischen Parteileitungen, solche Aufgebote für die Zukunft zu verhindern. Auch dieser zweite Vorbehalt ist wie der erste nur dazu da, um im gegebenen Moment markten und handeln zu können. Mit solchen Beschlüssen aber hat die Sozialdemokratische Partei in Fragen von größter nationaler Bedeutung einen derartigen Krämergeist offenbart, wie er beschämender kaum hätte bekundet werden können. Das Bekenntnis

zur Landesverteidigung ist damit nichts anderes als ein konjunkturbedingtes Lippenbekenntnis. Denn es gibt keine Landesverteidigung unter Vorbehalten. Die Landesverteidigung gehört zu jenen absoluten Problemen, denen gegenüber es nur ein „ja“ oder „nein“ gibt, aber kein „ja, wenn . . .“. Man darf daher auch künftig die Sozialdemokratie nicht zu den Parteien zählen, die die Landesverteidigung bejahen. Viele werden sich zwar doch täuschen lassen durch den Wortlaut des Parteiprogrammes. Das ist die große Gefahr dieses Lippenbekenntnisses. Deshalb wäre es besser und ehrlicher gewesen, die Partei hätte dem Gegenentwurf zugestimmt, wenn sie doch nicht vorbehaltlos für die Landesverteidigung eintreten kann.

Die ganze Bedeutungslosigkeit dieser sogenannten Bejahung der Landesverteidigung zeigte sich anschließend in der Debatte über die *Ausbildungsvorlage* vom 23./24. Februar 1935, die vom gleichen Parteitag, der sich vorher mehrheitlich für die Landesverteidigung ausgesprochen hatte, mit 343 gegen 220 Stimmen abgelehnt wurde, trotzdem die Vorlage u. a. auch vom Zürcher Stadtpräsidenten Dr. Klöti verteidigt wurde. Mit ihm haben sich noch verschiedene Nationalräte und Gewerkschaftsführer auch in der Presse für die Vorlage eingesetzt. Die Artikel, die von dieser Seite für die Wehrvorlage geschrieben wurden, sind oft so positiv gehalten, daß sie von bürgerlichen Verfechtern der Vorlage nicht besser hätten geschrieben werden können. Der aargauische Oberrichter Otto Lanz beispielsweise betonte ausdrücklich, es gebe keine sachlichen Einwände gegen die Ausbildungsvorlage, auch im Parteivorstand, der die Verwerfung beantragt hatte, habe der Sprecher der Geschäftsleitung gegenüber der Vorlage keine sachlichen, ihren Inhalt betreffenden Aussetzungen gemacht. Und Nationalrat Grimm erklärte vom Krankenbett aus in einem Schreiben, es handle sich nicht um eine grundsätzliche Frage, sondern um eine militärtechnische. Von Nationalrat Dr. Arthur Schmid sind in zahlreichen Artikeln hauptsächlich außenpolitische Argumente für die Wehrvorlage überzeugend geltend gemacht worden. Er schrieb u. a., man könne die Mitschuld am Ausbruch eines Krieges auch durch die Verneinungssparole fördern. Der Parteitag hat alle diese Erwägungen in den Wind geschlagen, genau wie vorher der Parteivorstand, und die Bekämpfung der Wehrvorlage beschlossen. Damit hat er so eindrücklich als nur irgendwie möglich bewiesen, daß sein Bekenntnis zur Landesverteidigung *kein Schuß Pulver* wert ist. Ständerat Dr. Klöti hat übrigens das Urteil über diesen Beschluß vorweggenommen mit der Bemerkung, man werde den Beschluß als *eine große Schindluderei* bezeichnen. Und Oberrichter Lanz (Aargau) hatte vier Tage vor dem Parteitag geschrieben, ein Parteitag, der sich zur Landesverteidigung bekenne, könne aber „— will er noch ernst genommen werden — unmöglich gleichzeitig eine Vorlage ablehnen, die nicht mehr will, als dieser Aufgabe dienen“. Er hat es doch getan in einer beispiellosen Kompaflosigkeit, offenbar nur darum, weil man auch der Parteilinken eine Konzession machen wollte, um ihren Abfluß ins Lager der Kommunisten zu verhindern.

In der Tat, eine Partei, die sich solche Schindludereien erlaubt, kann nicht mehr ernst genommen werden. Einmal nicht von ihren Gegnern, die ihre Stellungnahme zur S. P. S. nicht zu revidieren brauchen. Dann auch nicht von ihren Freunden linksbürgerlicher Richtung, die in wirtschaftlicher Beziehung (Kriseninitiative) gemeinsam mit der S. P. S. und den Gewerkschaften marschieren. Diese Kreise sind durch den Luzerner Parteitag so heftig vor den Kopf gestoßen worden, daß die sozialpolitische Front der Arbeit (Arbeiter, Angestellte, Bauern) dadurch ernstlich gefährdet ist. Auf alle Fälle werden diese linksbürgerlichen Kreise künftig nur mit größtem Mißtrauen mit der S. P. S. zusammenarbeiten können. Schließlich aber werden auch zahlreiche Arbeiter, Parteimitglieder und Gewerkschaftler die S. P. S. nicht mehr ernst nehmen können nach einer solchen Kompaflosigkeit. Die nächste Folge wird die sein, daß am 24. Februar trotz Parteibeschluß zahlreiche Arbeiter doch für die Ausbildungsvorlage stimmen werden, namentlich jene, die von

1914 bis 1918 an der Grenze gestanden haben, oder solche, die heute dienstpflchtig sind und die Notwendigkeit einer besseren Ausbildung am besten erkennen können. Daß die Gewerkschaften und ihre Presse die Haltung zur Wehrvorlage ändern werden, ist ebenfalls kaum anzunehmen.

Mit den widerspruchsvollen Beschlüssen von Luzern hat sich unsere schweizerische Sozialdemokratische Partei den schwersten Gefahren ausgesetzt. Das Parteigebäude kracht in den Grundfesten. Der linke Flügel fühlt sich zurückgestoßen durch die Bestimmungen des Parteiprogrammes, der rechte Flügel durch die unmotivierte Ablehnung der Wehrvorlage. Beide Flügel sind sehr stark. Eine dünnere Mittelschicht labiert zwischen beiden Flügeln hin und her und hat im Grunde die Verantwortung zu tragen für die Schindluderei des Parteitages. Nach den Stimmenzahlen war der linke Flügel in Luzern mit 294 sicheren Stimmen vertreten, der rechte Flügel mit 220 sicheren Stimmen. Die Mittelgruppe hat im einen Fall dem rechten Flügel 150 Stimmen zur Verfügung gestellt, im andern Falle dem linken Flügel 50 Stimmen, während sich die übrigen Hundert der Stimme enthielten. Das waren die Stimmverhältnisse am Parteitag. Wie die Stimmung in der Partei aussieht, läßt sich heute nicht feststellen, da der Parteitag die Urabstimmung über das neue Parteiprogramm verweigert hat. Wenn ein dringender Bundesbeschluß dem Referendum entzogen wird, macht die S. P. S. bekanntlich das größte Geschrei um die angebliche Verletzung der Demokratie. Innerhalb der Partei aber gebraucht sie die gleichen Mittel; trotz starker Gegensätze am Parteitag wird das Parteiprogramm dem Referendum einer Urabstimmung entzogen. Das ist die ganze demokratische Grundsatztreue unserer S. P. Die Zukunft wird zeigen müssen, wie lange es noch gelingt, die sich scharf widerstrebenden Flügel der Partei unter einem Hut zusammenzuhalten. Es macht den Anschein, die Partei sei bald reif für eine Teilung.



Wir lieben in der Schweiz den Zeitungstyp des farblosen Generalanzeigers nicht. Wo der Bürger in so weitgehendem Maße berufen ist, an der Gestaltung des öffentlichen Lebens aktiv teilzunehmen, da will er kein bloßes Nachrichtenorgan und keine gleichgeschaltete Presse, sondern eine freie Meinungs- und Gesinnungspresse, die zu den verschiedenen Fragen einen ganz bestimmten Standpunkt einnimmt — kurz, die eine G e s i n n u n g vertritt. Vom Gebiet der Innenpolitik haben wir diese Forderung mit der Zeit auch auf das Gebiet der Außenpolitik übertragen. Trotzdem auf diesem Gebiet dem Bürger jedes Mitspracherecht fehlt, verlangt er doch, daß seine Zeitung auch über ausländische Angelegenheiten nicht einfach berichtet, sondern dazu Stellung nehme. In dreierlei Hinsicht sind dieser Stellungnahme Grenzen gezogen. Einmal muß die Zeitung trotz ihrer Stellungnahme wahr berichten. Sie darf nicht die Dinge so darstellen, wie sie sie wünscht, und damit dem Leser ein falsches Bild entwerfen, sondern hat die Verhältnisse immer so zu schildern, wie sie tatsächlich sind. Sodann darf eine Stellungnahme nicht so weit gehen, daß das „Echo vom Pfannenstiel“ sich bemüßigt fühlt, der britischen Regierung Lehren und Ratsschläge zu erteilen über die Verwaltung Indiens, denn „bei der totalitären Unterschiedlichkeit der Voraussetzungen“ ist „unser helvetischer Taschenmaßstab kein Maßstab für das Universum“, wie im Herbst 1933 Theodor Gut in der „Zürichseezeitung“ schrieb. Das dritte Hindernis aber liegt für den größten Teil der schweizerischen Redaktoren in der Unkenntnis ausländischer Verhältnisse, die ihnen ohne weiteres eine gewisse Zurückhaltung auferlegen sollte.

Wenn nachstehend einige Fälle herausgegriffen werden, in denen sich schweizerische Zeitungen nicht an die genannten Grenzen gehalten haben in der Berichterstattung und Stellungnahme, so beschränke ich mich zum vorneherein auf bürgerliche Blätter, die es doch sonst, in schweizerischen Angelegenheiten, als Ehrenpflicht betrachten, jede Einseitigkeit zu vermeiden und ihre Leser umfassend zu orientieren,

im Gegensatz zur sozialistischen Presse, die ja bekanntermaßen nur zu Worte kommen läßt, was ihrer Partei frommt, und alles durch die Parteibrille betrachtet und mit dem Parteischeinwerfer beleuchtet.

Die Unkenntnis der Verhältnisse als Hindernis für eine Stellungnahme zu ausländischen Angelegenheiten liegt nun kaum vor bei unseren großen Zeitungen, die über einen großen Stab spezialisierter Redaktoren verfügen, über ständige Auslandskorrespondenten und über die nötigen Mittel, sich Informationen und Berichte zu verschaffen von Leuten, die Land und Volk kennen. Man beachtet denn auch gerade deshalb die Auslandberichte und -Artikel unserer großen Zeitungen sehr, und weite Kreise unserer Bevölkerung bilden sich ihre Anschauungen über ausländische Verhältnisse auf Grund der „Neuen Zürcher Zeitung“ oder des „Bund“, der Basler „Nationalzeitung“ oder der „Basler Nachrichten“.

Alle diese Leute sind am 15. Januar wie aus den Wolken gefallen, als um 8.15 Uhr der Landessender bekanntgab, 90 % der Saarstimmen hätten für Deutschland gelautet. Wie war so etwas möglich, wo doch die maßgebenden großen Zeitungen des Landes noch bis in die letzten Tage zum mindesten eine große Minderheit für den status quo in Aussicht stellten? Überraschend aber war das Resultat nur für jene, die das Saargebiet nicht gekannt haben. Die Teilnahme von 350 Schweizern als Abstimmungsfunktionäre ist nicht überall gutgeheißen worden. Das eine Gute aber hat sie gehabt, daß diese Schweizer sich an Ort und Stelle überzeugen konnten von der tatsächlichen Stimmung im Saargebiet. Es brauchte dazu keines langen Aufenthaltes. Nach zwei Tagen schon, bei Beginn der Abstimmung, haben diese Leute gewußt, daß die Mehrheit für Deutschland überwältigend sein werde. Und bei der Heimreise mußte ein Redaktor der „Nationalzeitung“, der auch als Präsident eines Abstimmungsbureaus gewirkt hatte, von seinen Kollegen manches hören, was er nachher in seinem Bericht nicht veröffentlicht hat. Die Saarabstimmung hat den Beweis erbracht, daß unsere großen Zeitungen ihre Leser über die tatsächlichen Verhältnisse völlig falsch unterrichtet haben. Dieser Auffassung hat beispielsweise in der „Schweizer Freien Presse“ Redaktor Böschstein, der selbst als Abstimmungsbeamter im Saargebiet war, Ausdruck gegeben mit den Worten:

„Unsere großen Schweizerblätter, vorab die „Nationalzeitung“ und die „Neue Zürcher Zeitung“, waren, das ist das Urteil sehr vieler Schweizer, die an der Saarfahrt 1935 teilgenommen haben, ganz einseitig orientiert. Wer nur ein wenig ins Volk hineinzuhorchen versteht, hatte vor dem 13. Januar begriffen, worum es den Stimmberechtigten ging.“

Den „Glarner Nachrichten“ aber schrieb ein Einsender:

„Darf man es sagen? Diese Saarabstimmung bedeutet aber auch eine geradezu grandiose Blamage für unsere große Presse. Die „Nationalzeitung“ z. B. schrieb noch letzten Freitag (d. h. ihr Vertreter drunten im Saargebiet), ein Sieg der Einheitsfront, der Status quoler, stehe im Bereich der Möglichkeit. Wo hat dieser Mann seine Augen gehabt? Was die Saarfrage anbelangt, so lebte eine gewisse schweizerische Presse von Wunschträumen.“

Im „Bernener Tagblatt“ schrieb unter dem Zeichen swi ein schweizerischer Wahlbureauvorsitzender:

„Am Freitag, den 11. Januar, las ich in Saarbrücken in einer schweizerischen, gut bürgerlichen Zeitung, es werde wohl mit 40 Prozent Stimmen für den Status quo zu rechnen sein. Dazu war der Artikel von einem Korrespondenten aus der Saar geschrieben. Gleich nach dem ersten Kontakt mit Saarländern war für uns mehr als wahrscheinlich, daß nicht nur 60 Prozent, sondern zum allermindesten bedeutend mehr als 80 Prozent, also eine ganz erdrückende Mehrheit, für Deutschland stimmen würden. Wie gewisse Beobachter so ganz allen Spürsinn verlieren konnten, ist mir und allen andern

Schweizern, mit denen ich hierüber sprach — einfach unerklärlich. Entweder saßen sie die ganze Zeit in ihren Hotelzimmern, oder sie ließen sich auf irgend eine Weise imponieren — z. B. durch Kundgebungen der Status quo-Bewegung, die weitgehend von Emigranten besucht waren, die wohl ein Interesse an der vorläufigen Verhinderung der Rückgliederung der Saar an Deutschland hatten, aber gar nicht abstimmungs berechtigt waren. Oder endlich handelte es sich um Leute, auf die das Sprichwort „Der Wunsch ist der Vater des Gedankens“ angewendet werden muß! — Wie dem auch sei: Auf alle Fälle muß festgestellt werden, daß die Weltpresse im allgemeinen und die Schweizerpresse im besondern (bei der spezifisch sozialdemokratischen Presse war dies ja nicht anders zu erwarten) dem Leser zu Hause ein in wesentlichen Punkten unzutreffendes Bild von der tatsächlichen Lage gab. — Dies ist bedenklich. Wenn auch einer über das neue Deutschland denken mag, wie er will, so hat er sicher, wenn er zufälligerweise ein schweizerischer — also im Wesen neutraler — Beobachter ist, nicht das Recht, dem gutgläubigen Leser zu Hause ein manchmal geradezu irreführendes Bild von der Lage in einer so wichtigen Frage, wie die Saarfrage eine war, zu geben.“

Es wäre interessant, die Hintergründe dieser einseitigen und falschen Saarberichterstattung aufzudecken. Bei der grundsätzlichen Anonymität unserer Presse könnte das allerdings nur gelingen, wenn die Zeitungen bekannt geben würden, wer ihnen die Berichte geschrieben hat. Wäre es nicht für den Schweizerischen Presseverein eine dankbare Aufgabe, solchen Dingen einmal nachzugehen?

Die eine Fehlerquelle kann bei den Berichterstattern liegen. Die Persönlichkeiten sind größtenteils nicht bekannt. Auffallend aber ist beispielsweise, daß der v.-Mitarbeiter der „Neuen Zürcher Zeitung“ in Saarbrücken, ein Mann mit einem gut schweizerischen Namen, also nicht etwa ein Saarländer oder gar ein Emigrant, in seinen Berichten die Bedeutung und die Zahl der Anhängerschaft der Status quo-Bewegung, insbesondere aber der katholischen Splittergruppe — Volksbund — des Johannes Hofmann, in einem Maße übertreiben konnte, daß dem Leser ein erheblich falsches Bild entstand. Die Redaktion der „Neuen Zürcher Zeitung“ ist dem gleichen Fehler verfallen, wenn sie im Montag-Morgenblatt vom 3. Dezember den v.-Bericht über die Gründung dieser unbedeutenden Splitterpartei an erster Stelle brachte und noch heraus hob durch eine zweispaltige Überschrift „Eine Wendung im Saarkampf“. Der v.-Berichterstatter hat dann in seinem Bericht vom 15. Januar klein beige gegeben, indem er schreiben mußte, das Abstimmungsergebnis habe „in besonderem Maße die ausländischen Journalisten“ überrascht, „die wohl alle denselben Fehler begangen hatten, den Darstellungen der Status quo-Anhänger mehr Gehör zu schenken als den Erklärungen der Deutschen Front“! Pater peccavi!

Der +-Mitarbeiter der „Nationalzeitung“ ist nicht bekannt. Seine Saarreportage ist zwar auch als Broschüre erschienen (im Erasmus-Verlag Basel-Wien). Aber während es sonst bei separater Veröffentlichung von Zeitungsartikeln oder ganzen Reportagen üblich ist, den Verfasser zu nennen, hüllt sich auch die Broschüre „Krieg um die Saar“ in Anonymität. Als Schweizer dürfte der Mann unbedenklich mit dem Namen zu seiner Sache stehen. Daß er es nicht tut, legt allerlei Vermutungen nahe.

Als im Oktober rund 100 000 Eintragungen in die Stimmlisten angefochten wurden, ließ sich der „Bund“ aus Saarbrücken melden, angesichts der hohen Zahl dieser Einwendungen könnte die Abstimmung unmöglich am 13. Januar durchgeführt werden. Die Abstimmungskommission aber hat am Termin festgehalten. Jener „Bund“-Bericht stammte zweifellos auch aus Kreisen der Einheitsfront, die eine Zeit lang mit allen Mitteln versucht hat, eine Verschiebung der Abstimmung zu erreichen. Auch hier stellt sich wieder die Frage: Darf eine Zeitung so unbedenklich

Berichte aufnehmen von Leuten, die Partei sind, die daher niemals unsere schweizerischen Leser objektiv unterrichten können, und deren Berichten man von weitem anmerkt, aus welcher Küche sie stammen, wenn man mit den Verhältnissen auch nur einigermaßen vertraut ist?

Aus der gleichen Küche stammt auch ein Bericht aus Saarbrücken vom 2. August 1934 in der Freiburger „Liberté“, unter der Überschrift „Vers une Sarre indépendante“. Er hat sogar Eingang gefunden in eine französische Sammlung von Saar-Reportagen „La Sarre“? (Editions des Portiques, Paris), wo ein Kapitel „La Suisse et la Sarre“ ausschließlich Artikel der „Liberté“ aufweist.

Die „Basler Nachrichten“ brachten in den letzten Tagen vor der Abstimmung Berichte ihres Chefredaktors Nationalrat Deri, der selbst im Saargebiet weilte, und anscheinend doch nicht merkte, wie die Stimmung tatsächlich war. Wenn man bedenkt, daß Herr Deri im Kreise der Völkerbundsjournalisten, die auch in Saarbrücken gut vertreten waren, zu Hause ist, so liegt die Vermutung sehr nahe, er habe sich zu viel im Kreise seiner Kollegen aufgehalten und habe zu wenig Kontakt mit dem Volke gehabt.

Wie im übrigen unsere Journalisten sich informierten, schildert im „Murgauer Tagblatt“ ein neutraler Beobachter. Bei der gemeinsamen Wanderung mit dem Vertreter eines großen Schweizer Blattes

„... stellte sich heraus, wie die Journalisten bei Max Braun zu „Presse-Empfängen“ geladen waren, wie sie immer wieder mit internationalen Kollegen aus Frankreich, England, Genf usw. zusammensaßen, statt sich einmal richtig unter das Volk zu mischen, das so freundlich und zugänglich ist, und statt auch einmal aufs Land zu gehen und in einer Arbeiterschenke einen Abend zu verbringen. Sie hätten mehr erfahren, was mancher schweizerische Gemeindefschreiber oder Gerichtsbeamte am ersten Abend bei seinen Logisgebern schon wußte.“

Handgreifliche Lügen in der Berichterstattung leistete sich schließlich ein gewisser Dr. Emil Steiner, der verantwortlich zeichnet für die „Europazeitung“, die in Basel erscheint und im Grunde nur ein antifaschistisches Heftblatt ist. Der Herausgeber dieser Zierde des schweizerischen Blätterwaldes war auch einige Tage im Saargebiet. Seine Reise war ihm ein „wahres Erlebnis“. Er hat u. a. auch an den beiden großen Abstimmungskundgebungen in Saarbrücken teilgenommen, und behauptet darüber frisch und froh, auf dem Wackenbergr seien 60—80 000 Anhänger der Deutschen Front versammelt gewesen, während am gleichen Tag auf dem Sportplatz Kieselhumes „eine Kiesenlandsgemeinde von 120—150 000 Anhängern der Einheitsfront gegen Hitler“ den Worten Max Brauns gelauscht hätte. [Hierzu ist festzustellen, daß der Kieselhumes, ein umzäunter Platz, im höchsten Falle 80 000 Menschen fassen kann!] Dr. Steiner dürfte an dieser zweiten Kundgebung nicht nur doppelt gesehen haben! Angesichts der marxistischen Kundgebung der Hitlerfeinde schreibt er: „Wahres, echtes Schweizertum ist an der Saar wieder lebendig geworden.“ Dieser Dr. Steiner ist von der Saar zurückgekehrt mit dem Eindruck: „Wenn nicht alles täuscht, erleidet Hitler und sein ganzes europafeindliches System an der Saar die erste große Niederlage.“ Es scheint eher, eine gewisse Schweizer Presse habe sich an der Saar eine Niederlage geholt, wie sie beschämender kaum hätte ausfallen können.

Aber es wäre falsch, den Fehler einzig nur bei den Berichterstattern in Saarbrücken zu suchen. Er liegt auch bei den Redaktionen, die diese Berichterstatter anstellten und ihre Berichte annahmen und veröffentlichten. Zum Teil war — man denke nur an die „Nationalzeitung“, die sich dem Kampf gegen Hitler vollends ergeben hat — eindeutige Tendenz zu beobachten. Wie gewisse Redaktionen sich den Ausgang der Saarabstimmung wünschten, darüber besteht kein Zweifel. Die Sympathien für den status quo lagen auf der Hand. Während man in der Schweiz

den Marxismus bekämpft, stützte man ihn im Saargebiet, nur weil man Hitler und dem Nationalsozialismus einen Erfolg an der Saar nicht gönnen mochte. Man verschwieg geflissentlich, daß es den Saarländern nicht um Parteipolitik ging, sondern um ihre nationale Zugehörigkeit. Redaktor Böschstein schrieb deshalb in der „Schweizer Freie Presse“:

„Wir müssen nun einmal in unserer öffentlichen Meinung frei werden von diesen Entstellungen des internationalen Radikalsozialismus und der Emigranten; menschlich dürfen wir dabei gleichwohl ihrem Los Verständnis entgegenbringen.“

Und noch deutlicher äußerte sich der schon zitierte Einsender der „Glarner Nachrichten“:

„Es muß gesagt werden: Die Gegnerschaft gegen den deutschen Nationalsozialismus hat verschiedene schweizerische Zeitungen, vor allem deutschschweizerische, in eine Feindschaft gegen Deutschland überhaupt hineingelotst. Sie hat, diese bürgerliche Presse, ihre Losungsworte sehr oft vom internationalen Marxismus übernommen. Es ist höchste Zeit, daß man in gewissen Redaktionsstuben beginnt, die deutschen Verhältnisse objektiver zu betrachten.“

* * *

Die Behandlung der Saarfrage durch einen Teil unserer bürgerlichen Presse ist nur ein Gebiet, auf dem nun durch einen überwältigenden Volksentscheid allen, die es wissen wollen, offenbar geworden ist, daß sie durch unsere große Presse irreführt worden sind. Es gibt noch andere derartige Gebiete. Man denke nur an Österreich, über das man bei uns im allgemeinen auch völlig einseitig orientiert ist. Auch hier liegt dieser Erscheinung die gleiche Abneigung zu Grunde wie in der Saarfrage. Die Ablehnung des Nationalsozialismus führt dazu, daß freisinnige Blätter der katholisch-fascistischen Diktatur die Stange halten, und im Eifer der Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs gegenüber Deutschland ihren Lesern verschweigen, daß Österreich so gut wie ein Protektorat Italiens geworden ist. Unsere schweizerischen Interessen, die jedenfalls durch die Gleichschaltung Österreichs mit Italien mindestens so gefährdet sind wie sie es durch eine Gleichschaltung mit Deutschland bestimmt wären, werden einfach beiseite gelassen, weil es gilt, den Nationalsozialismus zu bekämpfen, wo man ihn trifft. Auch hier liegt der Fehler einerseits bei den Redaktionen, andererseits bei den Mitarbeitern. Meines Wissens ist nur der „Bund“ durch einen schweizerischen Berichterstatter in Wien vertreten. Sehr ausführliche Berichte weniger über Österreich, sondern über das, was die österreichische Regierung gerne haben möchte und wie sie über alle europäischen Fragen denkt, erscheinen jeweils in den „Basler Nachrichten“ von J. N. Hinter diesen Buchstaben steckt Franz Stein, ein Journalist, der völlig im Lager der österreichischen Minderheitsregierung steht und u. a. auch eifriger Mitarbeiter an der „Aktion“ des christlichsozialen Wiener Vizebürgermeisters Winter ist. Daß die protestantisch-konservativen „Basler Nachrichten“ sich aus Wien ausgerechnet durch einen Regierungsjournalisten berichten lassen uned nachgerade zum ausgesprochenen Auslands-Sprachrohr des Ballhausplatzes (= österreichisches Außenministerium) geworden sind, ist schon sehr — seltsam. Wer wollte nun noch erwarten, von den „Basler Nachrichten“ objektiv über Österreich unterrichtet zu werden? — Und wen wundert es, wenn angesichts solcher Verhältnisse das Vertrauen in unsere großen Zeitungen abnimmt?

Gottfried Zeugin.

Zur weltpolitischen Lage.

Römergespräche. / Das italienisch-französische Kolonialabkommen.

In Rom sind die Herren Laval und Mussolini beisammen gewesen. Sie haben tiefere Gespräche über die Befriedung der bösen Welt gepflogen. Sie haben ihre innigste Seelenfreundschaft entdeckt und sind einander gerührt in die Arme gesunken. Sie haben dieses Wunder der staunenden Welt verkündet und sind in Rom und Paris von den Massen des Volkes stürmisch gefeiert worden.

Der Sinn ihrer Gespräche — auf Europa bezogen — war der, daß man sich durchaus einig darüber sei, daß die bösen Nazis stramm in ihre Schranken zurückgewiesen werden müßten. Der Versuch, ihnen ein unlösbares Netz von Verträgen über den Kopf zu stülpen, soll fortgesetzt werden. Rings um Deutschland herum werden sämtliche Verträge und Grenzen als durch den lateinischen Genius geheiligt erklärt. Jede abweichende Meinung ist ein Vergehen gegen den heiligen Geist. Das alles wurde in Trinksprüchen, Presseerklärungen und in den dunklen und kargen Mitteilungen über die zu Papier gebrachten Abkommen der staunenden Welt erklärt. Der liberal-sozialistische Ministerpräsident des demokratischen Frankreich hat bloß vergessen zu erklären, ob er sich mit Mussolini darüber geeinigt hat, daß in Österreich der klerikalen Diktatur freie Hand gegeben werden soll oder der faschistischen Richtung Starhembergs oder ob dort beide Gruppen unter dem wohlwollenden Protektorat Frankreichs und Italiens die Fahne der Habsburger hochziehen sollen. So bleibt auch in diesem Falle undeutlich, was man will, dafür aber sehr deutlich, was man nicht will!

Man war sich auch durchaus einig über den Weg, den man zu gehen hätte, um das durchzudrücken, was man nicht wollte und nicht will. Die Saarabstimmung würde die erwünschte Gelegenheit geben, um dem Deutschen Reiche so lange die Daumenschrauben anzulegen, bis es jede Unterschrift unter die vorbereiteten Verträge setzen würde, die man überhaupt wünschte. Voraussetzung war natürlich dabei, daß bei der Saarabstimmung eine so große Minderheit gegen Deutschland herauskommen werde, daß man die Kautschukparagrafen des Friedensvertrages auf dem Genfer Gummiboden entsprechend behandeln könnte. Durch diese ganze Rechnung hat inzwischen das Volk an der Saar einen dicken Strich gezogen und damit kann jener Teil der Römerbesprechungen als erledigt abgeschrieben werden.

* * *

Nun ist es aber vollkommen klar, daß der eigentliche Inhalt der Römerbesprechungen nicht der Einstellung gegenüber Deutschland galt. Darüber war man sich in Rom und in Paris ohnehin vorher einig. Die großen Besprechungen galten vielmehr einem reinen Geschäft. Mussolini hatte Frankreich immer zu verstehen gegeben, daß er für ein Zusammengehen so lange nicht zu haben sei, als Italien nicht seine kolonialen Wünsche einigermaßen befriedigt seien. Frankreich hatte aber bisher um diesen Preis nie die lateinische Freundschaft herstellen wollen. Laval sah sich also in der Zwangslage, entweder Italien in den Kolonien entgegenzukommen oder dann auf die lateinische Front gegenüber Deutschland zu verzichten. Vorteilhaft war es aber für ihn, daß Mussolini seit dem 25. Juli 1934 das deutsche Eisen nicht mehr im Feuer haben konnte und so von selbst etwas billiger werden mußte. Nach monatelangem Zögern ist so schließlich auf der Grundlage eines guten Gedankens, der beiden Partnern gleich gut gefiel, die Romreise Lavals zu Stande gekommen.

Welches war nun dieser Gedanke? Die edlen Lateiner sind offenbar übereingekommen, einen Dritten die Hauptkosten ihres Handels tragen zu lassen. Frankreich ist mit Italien einmal über die Abgrenzung Tripolitaniens im Süden einig geworden. Man hat den Italienern das wildeste Stück der Sahara überlassen, das sich ja auf der Karte recht stattlich ausnimmt, das aber Frankreich bei seiner Wertlosigkeit ruhig preisgeben konnte. Die Faschisten werden vom Tschadsee, dem Ver-

bindungsstück der französischen Kolonien im Norden, Nordwesten und Westen Afrikas, doch so weit ferngehalten, daß sie nicht gefährlich werden können. So ist hier das Entgegenkommen Frankreichs nur sehr relativ zu werten.

Das gleiche ist der Fall bei der Regelung der Lage der Italiener in Tunis. Dort ist im großen Ganzen der bisherige Zustand bekräftigt und in seiner Dauer auf einige Jahrzehnte verlängert worden. Wenn man nun weiß, daß die Italiener 1884, bei der Besitzergreifung von Tunis durch die Franzosen, fast die gesamte europäische Bevölkerung in Tunis ausmachten, daß aber seit zwei Jahrzehnten ihre Zahl stehen bleibt, während die der ansässigen Franzosen ständig wächst, dann weiß man auch, daß damit für Italien nur ein Aufschub erwirkt ist. Langsam, aber sicher senkt sich die Wage im Ringen um Tunis zu Gunsten der Franzosen, die eben die ganze staatliche Macht für ihre Sache einsetzen können und das auch rücksichtslos tun! So ist auch das Nachgeben der Franzosen in Tunis in der Hauptsache scheinbar und Mussolini kann sich damit nur in der Hoffnung abgesunden haben, später hier weiter zu kommen. Dieser ganze Handel um Tunis erinnert mich aufs Haar an denjenigen, den uns die Franzosen seinerzeit im ersten Zonenabkommen angeboten haben; wir hätten die ganzen Zonenvorteile noch zehn Jahre bekommen und dann gar nichts mehr gehabt. Jetzt läßt Frankreich in Tunis die Zeit für sich arbeiten. Die Frage ist dabei nur, ob die gegenwärtig mit rücksichtsloser Gewalt, mit Presseverboten, Verbannungen, Einkerkernungen usw. aufrechterhaltene französische Herrschaft in der Form auf die Dauer gegenüber der widerstrebenden Masse der Mohammedaner zu halten ist; das wird sich auch Mussolini fragen!

Der Schwerpunkt des italienisch-französischen Kolonialabkommens liegt aber weder in Tripolis noch in Tunis, sondern am Roten Meer. Hier tritt Frankreich den Italienern zwar nicht seine ganze Stellung, aber doch einen wesentlichen Teil ab. Es ist ja freilich in Französisch-Somaliland nicht besonders viel übrig geblieben, seitdem 1898 Ritchener dem Traume eines französischen Kolonialreiches quer durch ganz Afrika bei Faschoda ein so rauhes Ende bereitet hat. Diese französische Kolonie ist lediglich noch ein trauriges Stück Erinnerung, das doch früher oder später zum Abbruch verurteilt sein muß. Immerhin hatten die Franzosen hier noch eine bequeme Tür zum letzten unabhängigen Staate Afrikas, zu Abessinien, in der Hand. Wenn sie jetzt hier den Italienern teilweise Platz machen, so ist das die Andeutung dafür, daß sie ihnen in Abessinien freie Hand gewähren. Abessinien soll die Beche bezahlen!

Nun wird sich natürlich dort in Ostafrika nicht alles so glatt abwickeln. Erstens einmal werden sich die Abessinier nicht ohne Widerstand einstecken lassen. Zweitens wird auch England dabei mitsprechen wollen. So wird Italien, wenn es wirklich vorgehen will, dort längere Zeit und ausgiebig beschäftigt sein. Gerade das aber ist es vermutlich, was Frankreich will. Gewöhnlich genügt eine solche richtige Kolonialforge, um eine Großmacht wenigstens für einige Jahre festzulegen. Frankreich hat das in Syrien und im Rif erfahren, England in Ägypten und Indien. Warum soll es nicht auch einmal Mussolini erfahren? Und dabei kostet der Fall Frankreich nichts, als die Aufgabe einer doch uneintreibbaren Hypothek. Nicht einmal diese hat Frankreich jedoch gänzlich gelöscht; es behält den Hauptteil seiner Somaliskolonie ja immer noch, um auch noch mitzureden, wenn es der Mühe wert sein sollte.

So ist es schließlich doch zweifelhaft, wer bei den Römernabkommen eigentlich besser abgeschnitten hat? Frankreich hat zwar einige Zahlungen geleistet und Italien hat mancherlei direkt oder indirekt durch Versprechungen erhalten. Aber Wesentliches hat Frankreich nicht preisgegeben; dafür wird es aber auch nichts Wesentliches erhalten, denn über die Dauerhaftigkeit der Freundschaften Mussolinis wird man sich ja in Paris keinen Täuschungen hingeben!

W a r a u, den 27. Januar 1935.

H e k t o r A m m a n n.

Karl Barth.

Wenn wir auch zugeben müssen, mit unseren Betrachtungen oft hinter den Ereignissen zu kommen, so hat das doch den Vorteil, daß sich inzwischen der Dunst, der sofort um sie durch eine meisterhafte Bearbeitung unserer hirtenhafte einfältigen oder dann der Mittäterschaft zu zeihenden Presse entwickelt wird, einigermaßen verflüchtigt hat. Es wird ja kaum etwas mitgeteilt, ohne daß zugleich Wichtiges ausgelassen und die Verbindung mit dem Früheren verwischt wird. Die Vergeßlichkeit der Leser ist ungeheuer. — Zum Falle des Theologieprofessors Barth mögen noch einige nachträgliche Bemerkungen gestattet sein. Als Professor an einer staatlichen deutschen Universität sollte er den allgemeinen Beamteneid leisten und zwar auf Hitler. Er war dazu bereit mit dem Vorbehalt, daß das göttliche Gebot aller staatlichen Bindung vorgehe. Das ist zwar eine Selbstverständlichkeit und es zu betonen nicht frei von Wichtigtuerei. Es war immer noch Zeit, wenn im einzelnen Falle etwas zugemutet werden sollte, was mit dem Gewissen unvereinbar erschien, das zu erklären, je nachdem vom Amte zurückzutreten, oder sich absetzen zu lassen. Das haben schließlich auch schon andere wackere Männer getan. Aber zum Vorneherein von Macht zu Macht verhandeln, war ein Unding; Herr Professor Barth ist oder war Beamter wie ein anderer auch und konnte für sich keine besondere Behandlung verlangen. Das wird sich keine Verwaltung bieten lassen. Vielleicht macht es rechtlich einen Unterschied, wenn die Regierung den Beamteneid mit Vorbehalt annimmt und nun streitig wird, was Gottes und was des Kaisers ist. Da könnte man sagen, diese Entscheidung steht dem Beamten zu, der mit Vorbehalt den Eid geleistet hat. Und das könnte für Entschädigungsansprüche wegen aus einem solchen Streit erfolgter Vertragsauflösung wichtig sein. Man ist aber nicht berechtigt, Herrn Barth so weitgehende und so weltkluge Überlegungen zuzutrauen. Vielmehr scheint er die Regierung vor eine Bekenntnis-Erklärung haben stellen wollen, was keine Regierung annehmen kann. Nun geht aus einer späteren Erklärung einer amtlichen Stelle hervor, daß nicht diese Gewissensfrage ausschlaggebend war, sondern Verweigerung des deutschen Grußes und Bekundungen bei der Lehrtätigkeit gegen die herrschende Staatsauffassung. Dann versteht man aber nicht, warum dies bei der Eidesleistung aufgeworfen wurde, mit der diese Vorwürfe an sich nichts zu tun haben. Aus diesem einfachen Tatbestande wird nun natürlich der deutschen Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie auch hier wieder nicht verstanden habe, einen großen Mann zu halten. Läßt nun aber schon der Anspruch des Herrn Barth auf ausnahmsweise Behandlung Zweifel an seiner Größe aufkommen, so werden diese verstärkt, wenn man sich erinnert — was ebenso natürlich wieder verschwiegen worden ist — daß er eingeschriebenes Mitglied der sozialdemokratischen Partei war. Das sollte ein Professor in der Schweiz wagen; der könnte etwas erleben in der bürgerlich-kapitalistischen Presse! Nemo weiß nun zwar nicht viel von Herrn Barths Theologie, nur so viel, daß nach ihm die Menschheit durch die Erbsünde aus dem Stand der Gnade gefallen ist, und daß der Einzelne nur durch Gnade wieder gerettet werden kann. Während doch die sozialistische bestenfalls dahin geht, daß bei besserer Verteilung der irdischen Güter der Einzelne auch seelisch-sittlich vollkommener wird. Das bedeutet aber nichts anderes als ein sehr dürftiger Glaube an die unbegrenzte Möglichkeit des materiellen Fortschrittes, der seine heilsamen Folgen auch auf andere Gebiete, als nur des leiblichen Wohlbehagens ausübt. Wie reimt sich das zusammen mit Herrn Barths Grundauffassung von der Hoffnungslosigkeit, von der Verworfenheit des Menschengeschlechtes ohne göttliche Gnade, die zu erlangen dem menschlichen Willen, seinen Anstrengungen entzogen ist? Da spuken offensichtlich noch Magaz'sche Einflüsse mit. Und was war oder ist nicht Herr Magaz für ein demütig frommes Kindergemüt! Herr Barth ist denn auch Feind völkischen Selbstbewußtseins, völkischen Willens, sich zur Wehr zu setzen, sich als Volk zu behaupten; und hier finden wir die Übergangstraße zum Sozialismus. Unsere po-

litischen Spaßvögel werden uns nun wieder versichern, die deutsche Sozialdemokratie sei ein ganz besonders vortreffliches Wesen und auf alle Fälle jeder völkischen Partei vorzuziehen, sodaß sich ihr anzuschließen immer ein Verdienst sei. In der Schweiz freilich ist Sozialist zu sein eine Verirrung, von der sich Herr Barth frei zu halten wissen werde, wenn es gelingt, ihn hier auf ein theologisches Katheder zu bringen. Damit ist — handgreiflich — der oben hervorgehobene Widerspruch nicht beseitigt: solche Schlaumeier-Weisheit muß nach Herrn Barth's großer sittlicher Strenge in die unterste Hölle verbannt werden, und ihm ein offener Böjewicht hundertmal lieber sein, als welcher sich ihm empfiehlt

R e m o.

Aus Zeit und Streit

Zum Verständnis für die „National-Zeitung“

kann vielleicht manchem Schweizer der Nachruf dienen, den Emil Ludwig in Nr. 54 der „Nationalzeitung“ seinem Freund Dr. Ludwig Bauer gewidmet hat, dem langjährigen treuen Mitarbeiter der „Nationalzeitung“, dessen Leitartikel mit dem Doppelkreuz der Zeitung wesentlich das Gepräge gaben. Emil Ludwig schreibt u. a.:

„Die Neigung seines Herzens lag ganz und gar bei Frankreich; hier war er sogar zuweilen geneigt, manches zu entschuldigen, was nicht ganz in sein Weltbild paßte.“ — „... und die kleine Trikolore, die in seinem Wohnzimmer hing und seinem übernationalen Wesen widersprach, drückte eine zärtliche Schwäche aus, die er mit einem Lächeln zu entschuldigen suchte.“

Wir wollen Emil Ludwig dankbar sein, daß er so offen zugegeben hat, was Geistes Kind der aus Osterreich stammende Israelit Ludwig Bauer war und was Geistes Kind auch die Leitartikel mit dem Doppelkreuz in der „Nationalzeitung“. Ob diese Qualifikation eines Mitarbeiters ein Ruhmestitel sei für eine schweizerische Zeitung, wagen wir zu bezweifeln. Aber man versteht jetzt manches besser bei der „Nationalzeitung“. Daneben aber ist der Nachruf auf Ludwig Bauer auch charakteristisch für Emil Ludwig, von dem man nur nicht recht begreift, warum er sich ausgerechnet das schweizerische Bürgerrecht zugelegt hat und nicht ein anderes.

Bücher Rundschau

Aus Lucy's Bücherreihe. / Deutsche in der Schweiz.

G. Kellers Schilderung der Lieblingwerke seiner feinen, gescheiten Luch im „Sinngedicht“ läßt einem das Wasser im Mund zusammenlaufen. Heute würde ihre Neigung für Lebensbeschreibungen und Briefsammlungen nicht auffallen. Denn die Freude an Biographien erlebt eine Wiedergeburt. Freilich pflegen die Eigenberichte von Lebensmeistern oder Leidenschülern seltener gelesen zu werden als die Mode gewordenen biographischen Romane, die von ihren Helden oft allzu viel wissen. Drei Bücher der wertvollen Art liegen vor uns: eine Auto-

biographie, eine aus bisher unbekanntem Quellen schöpfende Lebensschilderung und ein Briefwechsel. Aus ihrem Reichtum seien hier einige Seiten herausgegriffen, die uns **Deutsche in der Schweiz** zeigen.

Karl Bernhard Lehmann: „Frohe Lebensarbeit“. J. F. Lehmanns Verlag, München. Geh. Mk. 4.50, Lwd. Mk. 6.

Der große Hygieniker und Naturforscher erzählt anspruchslos, was er erlebte und wirkte. Errungenschaften, die wir allzu leicht als selbstverständlich vorausehen, erstehen hier vor unsern